



SPD

Der Außenseiter

Die Troika-Farce ist beendet. Früher als geplant steht der sozialdemokratische Kanzlerkandidat fest. Peer Steinbrück tritt nun nicht nur gegen Angela Merkel an – sondern auch gegen große Teile der eigenen Partei.

Der Kandidat schreitet voran, lässig, die Hände in den Hosentaschen, die Augen zusammengekniffen, was leicht als Griesgrämigkeit verkannt werden kann, bei ihm aber ein sicheres Indiz für Rauflust ist, für Angriff, Attacke.

Er hat die anderen hinter sich gelassen, Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier laufen brav hinter ihm ins Atrium des Willy-Brandt-Hauses ein, vor ihm ist jetzt nur noch eine: Angela Merkel.

Seit knapp zwei Wochen weiß Peer Steinbrück, dass er Kanzlerkandidat der SPD werden wird, zwei Wochen lang war er der heimliche Kandidat, an diesem Freitagnachmittag in der Parteizentrale

kann er nun fühlen, was es heißt, Kanzlerkandidat zu sein. Alle Objektive sind auf ihn gerichtet, die hoffenden Augen der Genossen auch.

Er steht kerzengerade am Pult, sagt zunächst das, was er als Kandidat sagen muss. Dass er die Herausforderung annehme. Dass man die Bundesregierung ablösen wolle, nicht nur in Teilen, sondern in Gänze. Durch eine rot-grüne Koalition.

Die eigentliche Kampfansage an Merkel folgt etwas später. Es ist die Bekanntgabe seines Vorbilds für den Wahlkampf. Steinbrücks Mimik kommt jetzt in Schwung, sein Kiefer malmt vor sich hin, dann schiebt er das Kinn nach vorn, so

wie bislang nur ein Sozialdemokrat das Kinn nach vorn schieben konnte. Er wolle sich im Wahlkampf ein Vorbild an Gerhard Schröder nehmen, sagt Steinbrück, der im Wahlkampf „ja erkennbar aufgeblüht ist“, der gezeigt habe, „dass Wahlkampf auch Spaß machen kann“.

Es ist eine Botschaft an Angela Merkel. Wenn die Kanzlerin bislang überhaupt Respekt vor einem politischen Gegner hatte, dann war es der Wahlkämpfer Schröder, der mit Hingabe kämpfte und dabei vor keinem Trick zurückschreckte, nicht mal vor den miesen.

Es geht los, endlich. Ein Kanzlerkandidat verändert eine Menge. Er könnte



Sozialdemokrat Steinbrück

MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

die Politik aus der Agonie der vergangenen Monate holen. Das Krisenmanagement hat alles dominiert, andere Themen als der Euro kümmern sich hin. Selten ist Politik, um es mit einem Wort von Merkel zu sagen, so „alternativlos“ erschienen.

Doch nun ist einer zuständig für die Alternative: Peer Steinbrück. Er muss Merkel stellen, ihre Defizite aufzeigen und bessere Konzepte präsentieren. Ein Kandidat hat die Aufmerksamkeit der Medien, er kann für den Wirbel sorgen, den die Demokratie manchmal braucht, damit sie nicht als große Eingeschlafenheit vor sich hindämmert.

In den nächsten Monaten wird Steinbrück der unermüdete Kommentator von Merkels Politik werden. Sie wird ihn ignorieren, weil sie ihm keine Geltung verschaffen will. Aber sie wird ihn sehr genau beobachten und beobachten lassen, die Schwächen erkunden und dann hin und wieder einen Stich setzen.

Die Innenpolitik kann wieder spannend werden, und das gleich aus zwei Gründen. Denn es geht nicht nur um Steinbrück gegen Merkel, es geht auch um Teile der SPD gegen Steinbrück. Die Frage, ob dieser Kandidat gut zu seiner Partei passt, kann man kaum mit Ja beantworten.

Zwar feierte Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder die Ernennung als „sehr gute Entscheidung. Peer Steinbrück verkörpert in idealer Weise eine hohe Kompetenz und den Willen zur Macht. Mit seiner Nominierung sind die Chancen der SPD erheblich gestiegen“.

Doch Steinbrücks Kandidatur wird aller Voraussicht nach keine glatte Sache werden. Schon jetzt gibt es Stimmen auf Seiten der Parteilinken, die nicht unbedingt als liebevolle Begrüßung gelten können. Der hessische Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sagt: „Wir haben aus 2009 gelernt. Die Zeit der Bastapolitik ist vorbei, und das ist die Grund-

lage für unsere Arbeit.“ Heißt: Steinbrück muss die Partei mitnehmen auf seinem Weg.

Was Steinbrück in den kommenden Monaten bevorsteht, deutete auch Steinbrücks Dauerrivale, der Schleswig-Holsteiner Ralf Stegner, an. „Der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist in erster Linie eine Herausforderung für die Kanzlerin“, sagt Stegner, „aber er ist auch eine Herausforderung für die SPD.“ Die Partei müsse ihn geschlossen unterstützen, sagt der Landeschef aus dem Norden, „aber er muss auch konsequent das SPD-Wahlprogramm durchsetzen“. Vor allem beim Thema Rente dürfte es große Probleme geben.

In einer Telefonschleife besprachen sich die Vertreter des linken Flügels am vergangenen Freitagmittag. Man vereinbarte, Steinbrück, so weit es geht, auf die SPD-Beschlüsse festlegen zu wollen. Die Vorsitzende der Parteilinken, Hilde Matheis, sprach davon, dass sie das Verfahren zur Kanzlerkandidatur „befremdlich“ finde.

Das war es sicher. Der Kandidat sollte ursprünglich bis Ende November bekanntgegeben werden. Aber dann sickerte der Name Steinbrück schon am Freitag vergangener Woche durch. Parteichef Sigmar Gabriel tobte. Er wollte der Mann sein, der den Kandidaten ausruft. Nun hastet er den Ereignissen hinterher.

Das Kandidatenrennen der SPD ist ein besonderes Stück Politik, eine neue, faszinierende Erzählung im Buch der bundesdeutschen Demokratie. Sie zeigt, dass es auch in einem Konkurrenzkampf Freundschaft geben kann. Sie zeigt aber auch, dass Heuchelei und Lüge nahezu selbstverständlich geworden sind.

Die Grundidee war, eine Troika aus drei möglichen Kanzlerkandidaten zu bilden und den besten Mann möglichst spät zu nominieren, ursprünglich war an den Januar gedacht.

Die Troika: Sigmar Gabriel, 53, Parteichef, früher Merkels Umweltminister. Gilt als flatterhaft. Frank-Walter Steinmeier, 56, Fraktionschef, früher Merkels Außenminister. Gilt als seriös. Peer Steinbrück, 65, früher Merkels Bundesfinanzminister, seit drei Jahren einfacher Abgeordneter, Schachspieler, Polit-Flaneur, Buchautor, Helmut-Schmidt-Jünger, Vortragsreisender. Gilt als genussfreudig. Alle drei meinen, Kanzlerformat zu sehen, wenn sie in den Spiegel schauen.

Sie hatten sich auf ein friedliches, freundschaftliches Verfahren geeinigt. Die interne Hierarchie für die Kandidatur sah so aus: Wenn Gabriel will, wird es Gabriel. Steinmeier ist die Nummer zwei, Steinbrück die Nummer drei.

Es begann gut. Sie trafen sich regelmäßig, diskutierten die politischen Fragen, die Ausrichtung der SPD, aber nicht

die Kandidatenfrage. Sie wollten warten, bis Umfragen und die politische Lage darüber bestimmt hätten, wer die besten Aussichten hat.

Aber dann, im Sommer 2011, fand die Nummer drei, dass sie auch Nummer eins sein könnte. Er schrieb ein Buch mit Helmut Schmidt und ließ sich zu diesem Anlass vom Altkanzler als Kanzlerkandidat ausrufen. „Er kann regieren“, sagte Helmut Schmidt dem SPIEGEL (43/2011). Gabriel und Steinmeier fanden das nicht lustig.

Trotzdem hielt die Troika. Es war aber bald auch nicht mehr zu übersehen, dass Steinmeier und Steinbrück in diesem Gebilde eine Achse waren. Sie trafen sich auch zu zweit, und dann war oft Gabriels Aktionismus das Thema. Hier ein Vorschlag, dort eine Idee. Sie fanden das übertrieben, und manchmal sagten sie ihm das auch.

Vor fast zwei Jahren wurde die Troika merkwürdig. Gabriel entschied sich, dass er nicht antreten würde. Er hätte die schlechtesten Chancen von den dreien. Steinmeier sei der „angesehene Außenminister“, Steinbrück „der Retter der Sparsbücher“. Sein Image sei nun einmal ein anderes. Ihn interessiere nur der Sieg der SPD.

Nach Gabriels Erinnerung hat er den beiden Kollegen von seiner Entscheidung erstmals Anfang 2011 erzählt. Steinbrück kann sich daran nicht erinnern. Jedenfalls hielten alle nach außen an der Fiktion der drei Kandidaten fest.

Das war besonders seltsam, weil Gabriel anderen Leuten erzählte, dass er nicht antreten würde. Er tat das, weil er nach der Entscheidung nicht wie ein Getriebener wirken wollte. Er legt viel Wert darauf, dass es seine Entscheidung ist. Steinbrück und Steinmeier hörten von anderen, dass Gabriel aus dem Rennen war.

Steinmeier war nun die Nummer eins, Steinbrück die Nummer zwei. Das akzeptierte auch Steinbrück, er wartete auf die Entscheidung des Kollegen, der auch ein Freund ist. Nach der Schmidt-Show hielten beide in diesem schwierigen Verfahren zusammen, ärgerten sich aber über Gabriel, weil er ihnen die Lüge von den drei Kandidaten zumutete. Allerdings sprachen sie ihn nicht darauf an.

Vor der Sommerpause sagte Gabriel den beiden Kollegen, dass sie sich nun entscheiden sollten: „Sagt mir, ob ihr antretet.“ Steinbrück hatte sich längst entschieden, Steinmeier schwankte.

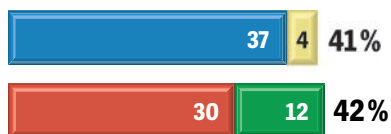
Als Steinmeier in den Urlaub fuhr, nahm er sich vor, eine Entscheidung zu treffen. Er sprach viel mit seiner Frau über diese Sache, und sie war gegen eine Kandidatur. Beide leben mit nur einer Niere, seitdem Steinmeier ein Organ für seine Frau gespendet hat. Beide finden es fürchterlich, ständig von Sicherheitsleuten begleitet zu werden. Zudem schleppt er immer noch die desaströsen

Steinbrücks Machtoption

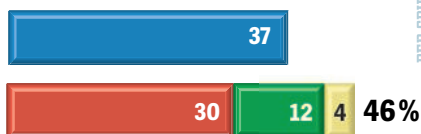
■ CDU/CSU ■ SPD ■ Grüne ■ FDP

Nach der aktuellen Infratest-dimap-Umfrage haben weder Union und FDP noch SPD und Grüne eine Mehrheit. Die FDP würde mit 4% nicht in den Bundestag einziehen.

Käme die FDP doch in den Bundestag, könnte Steinbrück darauf setzen, Kanzler in einer Ampelkoalition zu werden. In eine Große Koalition könnte die SPD wohl nur als Juniorpartner einziehen.



Linke: 7%, Piraten: 6%



Quelle: Infratest dimap für ARD-Deutschlandtrend vom 25. bis 26. September; 1000 Befragte; Angaben in Prozent

DER SPIEGEL



FDP-Politiker Lindner: Die Ampel ist Steinbrücks Chance

THOMAS LOHNES / DAPD



LAURENCE CHAPERON

Regierungschefin Merkel: *Der Wahlkampf wird turbulenter als 2009*

23 Prozent der Bundestagswahl 2009 mit sich herum, als er Spitzenkandidat war. Die Entscheidung war: nein.

Nach seinem Urlaub sagte Steinmeier zu Steinbrück, dass der nun die Nummer eins sei. Er sprach Anfang September auch mit Gabriel, aber der ließ nichts raus, sondern hielt an der Fiktion von der Troika fest.

Damit waren alle drei weiterhin zum Lügen verdammt. Die Journalisten fragten nun häufig nach und hörten, dass die Entscheidung wie geplant im November fallen würde. Steinmeier und Steinbrück waren sauer auf Gabriel.

Am Dienstag der vergangenen Woche verabredete sich Gabriel mit Steinbrück im Luisenhof in Hannover. Steinbrück erfuhr, was er schon wusste: dass er der Kandidat ist. Beide sagten, der November sei nicht zu halten, fanden aber keinen neuen Termin.

Am Donnerstag der vergangenen Woche traf sich Steinmeier abends mit Journalisten bei einem Hintergrundkreis, und jetzt log er nicht. Er wollte nicht mehr. Er sagte, er habe seine Entscheidung getroffen, Gabriel kenne sie. Steinbrück auch. Zu Nachfragen sagte er nichts. Aber die Journalisten wussten nun, was los war. Sie berichteten, Steinbrück sei der Kandidat.

Gabriel erfuhr früh am Freitagmorgen durch einen Journalisten davon, er war in München. Sofort rief er Steinmeier an.

Wie das denn passieren konnte? Steinmeier soll Vorschläge gemacht haben, wie man die Sache geradebiegen könne. Gabriel: „Nein, Frank, lass sein.“

So wurde das, was als gute Sache begann, zu einer Posse. Steinbrück hat sie am Mittwoch selbst noch aufgeführt, aber auch nicht mehr so ganz.

Der Kandidat, der offiziell noch keiner ist, sitzt im Berliner Restaurant Tim Raue und bestellt eine Peking-Ente. Er erzählt von den Büchern, die er zuletzt gelesen habe, über Napoleons Feldzug gegen Russland, über den Krieg auf der Krim. Er hat gute Laune, ist aber leise.

Steinbrück gibt es ja zweimal. Es gibt ihn ruhig, überlegt, seriös. Und es gibt ihn dröhnend, spielerisch, wuchtig. Bei Tim Raue sitzt Variante I, die kanzlerhafter ist als Variante II. Allerdings sitzt er bei Tim Raue mit kleinen Einschränkungen bei der Seriosität. Die Wahrheit sagt er nicht.

Er redet im Irrealis. Was er tun würde, räsoniert der Kandidat, wenn er Kandidat wäre. Er quält sich, ein Lügner will er nicht sein, loyal zu Gabriel aber doch. Der Kellner bringt die Ente und dazu eine Suppe und sagt, da sei Entenzunge drin. Steinbrück taucht seinen Blick in die Terrine, und eine kleine Verstörung flackert in seinen Augen.

Im Gespräch erweckt Steinbrück den Eindruck, dass er nicht unbedingt Kandidat werden muss, aber wenn er darf, un-

bedingt gewinnen will. Er ist ein Genussmensch, er hat gerade drei herrliche Jahre als einfacher Abgeordneter hinter sich. Keine Langeweile, Bücher, Reisen. Er wird aber auch den Wahlkampf genießen. Wichtigkeit findet er nicht schlecht, Attacke macht ihm Spaß, und er hat ein paar Ideen zu dieser Gesellschaft, die er gern umsetzen würde. Ohne Pathos sagt er das, ohne den Schleim der staatsbürgerlichen Verantwortlichkeit. Er würde es einfach gern tun.

Ganz am Ende kann er nicht mehr. Er ist den Irrealis leid. Er sagt jetzt, dass Steinmeier nicht antreten werde, dass er der Kandidat ist. Erleichtert genießt er noch ein Gläschen Weißwein. Die Ente hat er gegessen, die Suppe blieb unberührt.

Seine größte Sorge war in diesem Gespräch nicht Merkel, sondern das Rentenkonzept der SPD. In der vergangenen Woche beschloss der SPD-Parteivorstand ein neues Konzept ihres Parteichefs Gabriel, das den Grundrechenarten Hohn spricht. Die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre und die dämpfenden Faktoren in der Rentenformel werden zur Disposition gestellt, zugleich will Gabriel mit einem neuen Katalog sozialer Leistungen in den Wahlkampf ziehen, der die Rentenkassen im Jahr 2030 weit über 30 Milliarden Euro kosten wird, der größte sozialpolitische Ausgabenschub des neuen Jahrtausends.

Die Ziele der sozialdemokratischen Rentenreformen würden trotzdem erreicht, heißt es im Gabriel-Konzept, der Beitragssatz werde bis zum Jahr 2030 nicht über das geplante Niveau von 22 Prozent steigen. Das klingt wie Zauberei, in Wahrheit ist es ein simpler Rechen-trick, der vor allem darauf beruht, dass die Zahlentableaus der SPD nur über 18 Jahre reichen. Tatsächlich werden sich alle, die heute jünger als 45 Jahre sind, auf stark wachsende Lohnabzüge in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens einstellen müssen. Werden die SPD-Pläne umgesetzt, steigen die Transferzahlungen von der jungen zur Senioren-generation innerhalb weniger Jahre um fast ein Viertel.

Steinbrück befürchtet, dass ein Teil der derart ausgebeuteten Jungen „schlicht und einfach ins Ausland abhauen wird“. Entsprechend kritisch steht er seit Jahren der „fast reflexhaften Neigung der Sozialpolitik“ gegenüber, „auf die Verschärfung jedweder sozialen Lage mit der Erhöhung individueller Transfers zu antworten“.

In seinem Buch „Unterm Strich“ lobte er über viele Seiten die in der Partei verhasste Agenda 2010 als „international vorbildlich“. Er geißelte die „ungebrochene Tendenz, Lasten in der Sozialversicherung in die Zukunft zu verschieben“. Und er ließ keinen Zweifel, wo er die aus

seiner Sicht verhängnisvollen Denkmuster besonders zu Hause sieht: in der eigenen Partei. „Der weit überwiegende Teil der SPD“, so zitiert Steinbrück einen Politikwissenschaftler, „stellt sich die soziale Demokratie im geschichtsphilosophischen Optimismus als kontinuierlichen Ausbau der Sozialquote, des öffentlichen Sektors, der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen vor.“

Kein Wunder, dass weite Teile der Parteibasis Steinbrück mit eisiger Ablehnung begegnen. Die meisten SPD-Mitglieder wollen den Sozialstaat ausbauen. Steinbrück hält das für unbezahlbar. Demnächst müssen sie zusammen Wahlkampf machen.

Steinbrücks Verhältnis zu seiner Partei gilt seit langem als schwierig. Berühmt wurde sein Satz von den „Heulsusen“ in der SPD, gemeint waren die Funktionäre. Der Mann der Tat stand immer gegen die vielen Theoretiker unter den Genossen. Er konnte noch nie viel mit der Idee einer Programmpartei anfangen.

Steinbrück will regieren, die SPD will Programme entwerfen. Schon in seiner Zeit als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen rauschte er deshalb mit seiner Partei regelmäßig aneinander.

In einer SPD-Vorstandssitzung unmittelbar nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 rechnete der ehemalige Finanzminister mit den Niederungen der eigenen Partei ab. Von den Landes- und Bezirksverbänden könnten „wahrscheinlich nur drei oder vier als intakt und schlagkräftig bezeichnet werden“, mahnte Steinbrück. Der stolze Mittelbau war pikiert.

Besonders mit der Parteilinken ist Steinbrück nie warm geworden. Nach der Wahlniederlage 2009 machte er die Parteiströmung dafür verantwortlich, dass „alle Schilder von der Agenda 2010 abmontiert“ werden sollen. Noch heute ist er von der Kritik an Gerhard Schröders Reformen angefressen, er mahnt in fast jeder seiner Reden mehr Stolz auf die Agenda 2010 an.

Wie will man da gemeinsam Wahlkampf machen?

Bei seiner Vorstellung steht Steinbrück am Freitag vor zwei Gruppen, die für den Erfolg seiner Kandidatur von großer Bedeutung sein werden. Die eine, gleich vor ihm, sind die Journalisten. Die andere, links neben der Bühne, seine Parteifreunde, Genossen aus dem Willy-Brandt-Haus.



Generalsekretärin Nahles: Von ihr hält der Kandidat wenig

ly-Brandt-Haus. Harmonisch wird das nicht werden.

Es bleibt aber dabei, dass Peer Steinbrück die größte Gefahr von einem Mann namens Peer Steinbrück droht. Besonders in den ersten Jahren nach 2009 als Bundestagsabgeordneter schien Steinbrück seine Bekanntheit als Finanzminister vor allem für lukrative Vorträge nutzen zu wollen. Das macht ihn anfällig.

Dutzende Aufträge hat er angenommen, dabei auch für Gesellschaften, wie die „AFA AG“, die mit riskanten Geschäften an ahnungslose Bürger herantritt. Die werden von Vertretern dann schon einmal gebeten, ihre sicheren Bausparverträge für neue, dubiose Finanzprodukte aufzugeben – Ergebnis ungewiss. Es sind Nebengeschäfte, die manchmal nicht so recht in das Bild des Saubermanns und Bankenregulierers Peer Steinbrück passen wollen.

Vergangene Woche musste sich Steinbrück dann wegen der Werbung für ein Schachturnier in der eigenen Heimat Bonn rechtfertigen. Er soll sein Amt als Finanzminister genutzt haben, um unter anderem von der Telekom Spenden einzusammeln, wie der „Focus“ meldete. Steinbrück rechtfertigt sich damit, dass er zwar einen offiziellen

Briefbogen benutzt habe, aber ohne Bundesadler, womit dies keine amtliche Tat gewesen sei.

Hinzu kommt sein überbordendes Temperament. Er ist niemand, der sich gut unter Kontrolle hat. Ein Wahlkampf ist lang, und wenn sich Steinbrück in Rage redet, ist ihm jede Eiselei zuzutrauen.

Der Schweiz drohte er einst mit der „Peitsche“, falls sie im Streit um Steuerflucht und Bankgeheimnis nicht einlenken würde. Kurz darauf verglich er die Eidgenossen mit Indianern, die man erfolgreich mit der Kavallerie eingeschüchtert hatte. Der Affront war so groß, dass der deutsche Botschafter einbestellt wurde.

Angela Merkel ist da cooler. Und trotzdem ist Steinbrück als Typ nicht unbedingt die große Alternative zur Bundeskanzlerin. Müssten sich die beiden einem Problem stellen, würden sie zu 90 Prozent ähnlich vorgehen. Beide sind analytisch stark, beide sehen die Welt pragmatisch, aus bürgerlicher Perspektive, beide würden fragen, was das alles für die Wirtschaft bedeutet, beide wirken auf ihre Gesprächspartner ein bisschen



SPD-Kampagne in Nordrhein-Westfalen 2005: Wenn sich Steinbrück in Rage redet, ist ihm jede Eiselei zuzutrauen

spröde, norddeutsch, wären dann aber doch ziemlich witzig.

Dann kämen die letzten zehn Prozent, ein neues Problem taucht auf, Widerstände, Nervereien. Merkel bliebe spröde, Steinbrück schwölle der Kamm. Irgendwann würde er Rabatz machen und mit Wörtern wie „Kavallerie“ oder „Ouagadougou“ um sich werfen.

Der Wahlkampf dürfte turbulenter werden als der von 2009, als sich Steinmeier und Merkel am Ende der Großen Koalition mit sehr viel Respekt und Rücksicht im Wahlkampf begegneten.

Steinbrück ist ein aggressiverer Typ als Steinmeier. Aber auch er war Minister in der Großen Koalition, Finanzminister, auch er schätzt die Bundeskanzlerin. Beide sind miteinander verknüpft über den Gründungsmythos der deutschen Finanzkrisenpolitik. Am 5. Oktober 2008 verkündeten sie gemeinsam, dass die deutschen Spareinlagen sicher seien.

Dieses Bild größter Einigkeit ist hafengeblieben. Steinbrück wird es nicht leicht damit haben, den Wählern klarzumachen, warum er diese Frau unbedingt aus dem Kanzleramt hinausjagen will. Man könnte auch denken: Das hat doch prima geklappt damals, warum nicht noch einmal? Die SPD wäre dann wieder Juniorpartner in einer Großen Koalition.

Merkels größter Vorteil neben dem Amtsbonus ist ihre Partei. Merkel kann sich auf die CDU im Wahlkampf verlassen, auch wenn sie ihrer Partei schon eine Menge zugemutet hat. Steinbrück kann das nicht.

Nur wenn Steinbrück geschickt genug ist, das Bürgertum zu gewinnen, ohne die SPD-Linke zu verschrecken, wird er eine Chance haben. Aber die hat er, zumal

Merkels Koalition schwach ist und sie das Risiko hat, für eine schwächere Konjunktur und Fehlschläge beim Euro eintreten zu müssen. Und sie hat viele Probleme ausgeblendet, weil sie sich fast nur um den Euro kümmerte. Es gibt eine Menge Brachen, die ein Kandidat zum Blühen bringen könnte.

Genau das ist sein Plan. Er glaubt nicht, dass es sinnvoll ist, Merkel auf dem Gebiet der Euro-Politik anzugreifen. Zwar hat er gerade ein Konzept zur Regulierung der Banken vorgestellt, mit dem er auch den Linken seiner Partei aus dem Herzen spricht. Aber er weiß, dass die Deutschen Merckels Krisenmanagement einigermaßen vertrauen.

Er wird sich eher um Fragen wie Gerechtigkeit, Freiheit oder den Zustand der Demokratie kümmern. Er will die Gesellschaft jenseits der alles erdrückenden Krisenpolitik ansprechen. Deutschland ist eben mehr als ein Land, das um den Euro ringt. Wenn er auf diesem Gebiet den richtigen Ton trifft, könnte es interessant werden.

Hat er eine Chance? Seit Monaten liegt die SPD deutlich hinter der Union. Dass es für Rot-Grün nicht reichen dürfte, weiß Steinbrück. Eine Große Koalition will niemand in der Partei. Bleibt eine Ampel aus SPD, FDP und Grünen. Die Grünen würden mitmachen, um die FDP muss er nun werben.

Steinbrück ist mit liberalen Landespolitikern wie Christian Lindner aus Nordrhein-Westfalen oder Wolfgang Kubicki aus Schleswig-Holstein in Kontakt; vor allem von Lindner hält er viel und glaubt, dass der die FDP für die SPD öffnen wird.

Vergangene Woche sandte FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel überra-

schend freundliche Signale in Richtung SPD, und die Sozialdemokraten der Bundestagsfraktion registrieren erfreut, dass die Kollegen der FDP ihnen gegenüber heute deutlich entspannter auftreten als noch vor einem Jahr.

Tatsächlich haben viele Abgeordnete der FDP keine Lust, das Bündnis mit der Union fortzusetzen. Die Kandidatur Steinbrücks böte der Partei eine Chance, ihre Koalitionsoptionen zu erweitern. Ein Bündnis mit einer SPD, die vom wirtschaftsfreundlichen Steinbrück geführt wird, wäre auch der eigenen Anhängerschaft zu vermitteln.

Das Problem dabei ist, dass die FDP einen stark auf Inhalte fokussierten Wahlkampf führen will, weil der eigene Spitzenmann so unattraktiv ist. Hauptthemen sollen die Europapolitik und die Energiepolitik sein. Das sind ausgerechnet Bereiche, in denen die Unterschiede zur SPD besonders groß sind. Es wäre den eigenen Leuten nur schwer vermittelbar, dass die FDP in diesen Feldern mit SPD und Grünen mehr durchsetzen könnte als mit CDU und CSU.

Die Liberalen werden daher notgedrungen mit einer Koalitionsaussage für die Union in die Wahl gehen. Anders als beim letzten Mal will aber niemand eine Ampelkoalition ausschließen. Das ist Steinbrücks Chance.

Er kann sie aber nur nutzen, wenn die Partei ihn lässt. Er wird sich nicht ohne weiteres anpassen, er wird kämpfen. Eine Warnung gab Steinbrück den linken Kritikern vergangene Woche gleich mit auf den Weg: „Der Kandidat muss authentisch sein.“

MARKUS FELDENKIRCHEN, HORAND KNAUP,
DIRK KURBJUWEIT, RALF NEUKIRCH,
GORDON REPINSKI